

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Helfende Zeitung des Bezirks

Bezugspreis: Vierteljährlich 2 Mk. ohne Steuern. — Einzelne Nummern 20 Pf. — Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde Nr. 3. Gemeindevorstands-Kontokonto Nr. 3. — Postkontokonto: Dresden 12548.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreise: Die sechsgeheften Zeitungsblätter, außerhalb der Amtshauptmannschaft 7 Pf. im amtlichen Teil (aus von Behörden) die Zeile 200 Pf. — Einzelne und Reklamen 200 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Sebne. — Druck und Verlag: Carl Sebne in Dippoldiswalde.

Nr. 234

Donnerstag den 6. Oktober 1921

87. Jahrgang

Amtliche Bekanntmachung.

Brotmarken

werden diesmal bereits **Freitag den 7. ds. Mts.** vorm. von 10—12 Uhr im Rathaus, 2. Obergeschoß, ausgegeben. Die mit zur Ausgabe gelangenden **Mehlausweise**, auch soweit sie den Brotmarken angegliedert sind, sind **sofort** und **spätestens bis 8 ds. Mts.** bei einem Kleinhändler zur Mehllistenliste anzumelden.

Die Kleinhändler haben die aufzustellenden Kundenlisten bis 10. d. Mts. im Rathaus, Zimmer Nr. 11, vorzulegen. Dippoldiswalde, am 5. Oktober 1921. **Der Stadtrat.**

Vertilches und Süßliches

Dippoldiswalde. Die Natur im Oktober. Das große Sterben beginnt, ein Sterben in Schönheit und Farbenschauspiel; die sterbenden Blätter sind es, die mit den Blumen des Frühling zu wetteifern versuchen. Die Rotbuche verläßt ihr Grün mit Rot, der Ahorn und die Birke mit Gelb, die Blätter der Eiche färben sich bräunlich und das Laub des Kirsch- und des Vogelbeerbaums nimmt ein röthliches Gelb an, nur die Nadelbäume behalten weiterhin den grünen Grundton. Auch Früchte beteiligen sich an der Farbenfülle, die Schlehe schmückt sich mit dunkelblauen, die Hederrose und Eberesche mit knallroten, Brombeere, Liguster, Efeu mit schwarzglänzenden Beeren. Einzelne Blumen blühen noch im Freien, aber gering ist ihr Schmuckwert, in den Gärten sind es fast nur noch Dahlien und Astern, die und da nur noch eine „letzte Rose“. Sonst bereitet sich alles, was nicht kampftlos dem Winter erliegen will, auf die Winterruhe vor. Dagegen treten die Vögel wieder mehr auf. Häher sind oft zu sehen; die kleinsten unserer heimischen Vögel, die Meisen und Goldhähnchen, durchstreifen in größeren Gesellschaften wispelnd und leise rufend das Geäst der Bäume, während unten im Gestrüpp der Zaunkönig leicht zu beobachten ist; die Amseln und Drosseln, die in größeren Scharen auftreten, sind zumeist Gaste aus dem Norden. Die Rebhühner sind wieder häufiger auf den Feldern zu bemerken. Im Walde ist das häufige Vorkommen von Eichhörnchen auffällig. Ueberall noch eifriges Leben, bis der November seine Rebel schickt und alles in seinen grauen Schleier hüllt.

Bereits hat man mit dem Auffahren der Buden auf dem Markte zum nächsten Jahrmarkt (10. Oktober) begonnen und wird bald mit dem Aufstellen derselben beginnen. Wie wir hören, sind zu demselben so viele Anmeldungen eingegangen, daß die Fieranten nicht alle auf dem Marktplatz untergebracht werden dürften, so daß, wie in früheren Zeiten, der Oberforplatz mit belegt werden wird.

In der Kollektion der Firma Louis Schmidt, Dippoldiswalde, ist, wie wir hören, bei der Ziehung der 3. Sächsischen Landes-Wohlfahrts-Lotterie ein Gewinn von 5000 M. auf die Nummer 239 705 gefallen.

Ehemalige Cruzianer, frühere Schüler des Dresdner Kreuzchores, die, wie erinnerlich, im vorigen Jahre ein vorzüglich gelungenes Vokal- und Instrumentalkonzert zum Besten des Grundstocks zur Errichtung eines Kriegerdenkmals in Dippoldiswalde boten, werden am kommenden Sonntag im Schützenhaus hier ihre Kunst wieder in uneigennütziger Weise in den Dienst einer guten Sache stellen, nämlich zur Stärkung des hiesigen Glockenfonds beitragen.

Die Mutterberatungsstunde des Wohlfahrtspflegerverbandes Dippoldiswalde Stadt und Umgegend findet Donnerstags nachmittags von 2—3 Uhr im hiesigen Diakonatslokal statt.

Der falsche Graf Christian van Doorn aus Christiania, der besonders in Meissen, weiter auch in Dresden, sowie in anderen Orten und Städten aufgetreten ist, konnte in Seidenau von der Gendarmerie festgenommen werden, als er sich erneut 30 000 M. erschwindeln wollte. Der Betrüger hatte zahlreiche Hochkapelleien verübt, er entsappte sich als ein 21 Jahre alter Kaufmann Andersen aus Stade.

Glashütte. Am Sonnabend vollendeten sich 50 Jahre, seitdem der jetzige Senior-Inhaber der Firma A. Lange & Söhne, Herr Kommerzienrat Emil Lange, in die Firma aufgenommen wurde. Dieses halbe Jahrhundert war gekennzeichnet durch Arbeit und Segen für den Jubilar und stetiges Wachstum seiner Firma. Bei seinem Eintritt erstreuten sich die Produkte der Firma bereits eines guten Rufes, doch war der Betrieb noch klein. Nach seinem Eintritt begann

der Bau des heutigen Fabrikgebäudes, das im Jahre 1892 durch einen Anbau erweitert werden mußte. Bereits 1906 genügte der Bau abermals nicht, es wurde auf den eben genannten Anbau ein Stockwerk aufgesetzt, wobei, um den Betrieb vor Störungen zu schützen, das Dach im ganzen hochgewunden wurde. Da sich für den gewachsenen Betrieb die seit 1894 bestehende eigene Lichtanlage als zu schwach erwies, wurde 1907 mit einer neuen umfangreicheren Anlage begonnen. Die Wasserkraft wurde verlegt, und um das Gefälle nach Möglichkeit auszunützen, mußte ein 400 Meter langer Tunnel gebaut werden. Die gewaltige Bauanlage bedurfte 2 Jahre zu ihrer Vollendung. Noch sind die regelmäßigen Sprengungen, die die Luft unseres stillen Tales erzittern ließen, in lebhafter Erinnerung. Diese Anlage genügt nicht nur dem eigenen Bedarf, sondern speist auch noch ein ziemlich ausgedehntes Netz mit seinem zuverlässigen Strom. In Verbindung mit dieser Anlage wurde der Grund zu einem neuen Fabrikgebäude gelegt, welches erst vergangenes Jahr wieder erweitert werden mußte. Sein Bestreben war, Räume für den erweiterten Betrieb zu schaffen und für Wohnungen zu sorgen, so daß das Unternehmen der Firma A. Lange & Söhne heute über eine Anzahl Häuser verfügt, die gegen 60 Familien Wohnung bieten. Diese kurzen Angaben über die Entwicklung der mit unserer Stadt seit einem Menschenalter eng verbundenen Firma A. Lange & Söhne mögen beweisen, welche ständige Weiterentwicklung die Firma während der Lehrentschäft des Jubilars genommen hat. Herr Kommerzienrat Lange hat auch durch wiederholte Stiftungen seine Dankbarkeit gegenüber seinem Personal zum Ausdruck gebracht. Auch an diesem jüngsten Jubiläum gedachte er seines Personals, indem er seinen Arbeitern und Angestellten die Summe von 15 000 M. übergab.

Daube. Vergangene Woche war auf einem hiesigen Felde ein großer Kartoffeldiebstahl ausgeführt worden. Die Diebe hatten zum „Ernten“ gleich die Kartoffelmaschine benutzt und diese dann noch beschädigt. Der hinzugezogene Pirnaer Gendarmerehund nahm die Spur auf und führte nach einem Haus im Liebethaler Grund. Die gestohlenen Kartoffeln wurden dort auch gefunden, worauf die Täter den Diebstahl zugaben.

Schandau. Wieder stürzte am Schrammtor ein junger Kletterer ab. Außer dem Bruch des linken Armes trug er schwere Unterkiefer-, Bein- und Kopfverletzungen davon. Eine Sportgenossin legte ihm einen kunstgerechten Notverband an. Er wurde in das hiesige Krankenhaus befördert.

In einer hiesigen Privatpension hat sich ein Fremder entleibt, indem er wahrscheinlich eine größere Dosis Morphium zu sich nahm, die tödlich wirkte. Er hinterließ ein Schreiben, in dem er u. a. auch als Grund angibt, daß seine Barmittel ziemlich ausgezehrt seien und er infolge eines körperlichen Leidens aus dem Leben scheide. Der Name, den er führte, sei nicht sein richtiger, nur die Anfangsbuchstaben — W. v. S. — träfen zu. Mit dem Bildnis seiner Geliebten in der Hand ist der Lebensmüde eingeschlafen.

Ramenz. Ein folgenschwerer Verkehr wurde auf dem Braunkohlenwerke Grube „Alara III“ bei Zeißholz aufgedeckt. Dort haben sich verschiedene ledige Arbeiter als verheiratet eingetragen lassen und so jahrelang Teuerungszulagen für Frau und Kinder sowie erhöhte Gratifikationserhöhungen unberechtigtweise bezogen. Die Angelegenheit wurde der Staatsanwaltschaft übergeben. 34 Arbeiter wurden sofort entlassen.

Siebenlehn, 2. Oktober. Zur Feier des 25-jährigen Bestehens der Deutschen Schuhmacherschule sind am heutigen Tage hunderte von Schuhmachermeistern, Vertreter der Behörden und der Innungen hier erschienen. Die Feier bestand in einem Festakt im Schützenhaussaal vormittags 11 Uhr, Besichtigung der Ausstellung der einzelnen Lehrgänge der Schule in den Räumen der Anstalt mittags 1 Uhr, in Aufführung der Hans-Sachs-Festspiele durch den Verschönerungsverein im Fremdenhof zum „Schwarzen Roh“ nachmittags 4 Uhr und in einem allgemeinen öffentlichen Kommerz abends 8 Uhr ebendasselbst. Unter den Festgästen befand sich auch der ehemalige verdienstvolle Gründer der Fachschule, Schuldirektor i. R. Röber aus Meissen, dem zu Ehren bei seiner Amtsniederlegung 1910 eine „Röberstiftung“ in Höhe von 40 000 Mark ins Leben gerufen wurde. Gegenwärtig hat diese Stiftung durch reiche Zuwendungen von Behörden, Innungen und Privatpersonen die stattliche Summe von 120 000 Mark erreicht. Nach der vom jetzigen Direktor Meier verfaßten Festschrift ist die Anstalt seit ihrer Gründung 1896 bis jetzt von 1057 Fachschülern (darunter 418 aus Sachsen, 611 aus anderen deutschen Bundesstaaten und 28 aus dem Auslande) besucht worden. Bis jetzt wurden 605 Lehrlinge,

336 aus Siebenlehn und 269 aus der Umgebung, ausgebildet. An den 1900—1911 veranstalteten Meisterkursen nahmen insgesamt 66 Meister (41 Sachsen und 25 Nichtsachsen) teil.

Döbeln. Die Felddiebstahle nehmen hier recht überhand, weshalb sich die Amtshauptmannschaft veranlaßt sieht, folgende Warnung zu erlassen: Aus den Kreisen der Landwirtschaft mehren sich die Klagen über das Ueberhandnehmen der Felddiebstahle. Es liegt nicht nur im Interesse der Allgemeinheit, sondern auch im Interesse der Einzelnen, daß das Stehlen von Feldfrüchten unterbleibt. Die Diebstahle haben nicht nur eine Schädigung der Volksernährung und der Viehhaltung der Landwirtschaft zur Folge, sondern wirken auch schädigend auf die Preisbildung der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Wenn die Amtshauptmannschaft hiermit vor weiteren Felddiebstählen eine dringende Warnung an die Bevölkerung ergehen läßt, unterläßt sie nicht, darauf hinzuweisen, daß in erster Linie diejenigen Kreise der Viehhaltung entsagen müssen, die nicht selbst Grund und Boden zur Erbauung der erforderlichen Futtermittel besitzen. Daß den wegen Felddiebstahls zur Anzeige gelangenden Personen auf Grund des Forst- und Feldstrafgesetzes empfindliche Bestrafung widerfährt, darauf soll noch besonders hingewiesen werden.

Chemnitz. Infolge Trunkenheit taumelte am Sonntagabend ein 61 Jahre alter Presser von hier in den Schloßteich. Da das Wasser aber an betreffender Stelle keinen hohen Stand hatte, konnte sich der Mann aus dem nassen Element noch selbst befreien. In der nächstgelegenen Polizeiwache wurden ihm trockene Kleider angelegt.

Leipzig. In der letzten Sitzung des Rates wurden die Geschäftsberichte der Großen Leipziger Straßenbahn über die Zeit seit der Verstädtlichung der Straßenbahn genehmigt. Der erste Geschäftsbericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Januar 1919 bis 31. März 1920 und schließt mit einem Fehlbetrag von 6 909 000 M. ab. Der zweite Bericht umfaßt die Zeit vom 1. April 1920 bis 31. März 1921; während dieses Zeitraumes hat sich ein Fehlbetrag von 12 500 000 M. ergeben.

Am Sonntag den 2. d. M. abends gegen 7/7 Uhr ist in der Hausflur eines Grundstückes in der Packhofstraße ein 4 Wochen alter Knabe aufgefunden worden. Der Findling hat blondes Haar, große gebogene Nase, jüdischen Gesichtsschnitt, war bekleidet mit weißem Hemdchen, weißem Jüpfchen sowie hellblauen Armbändchen und befand sich in einem Steckhissenbezug. Die Wäsche ist ungezeichnet und trägt auch sonst keinerlei Merkmale.

Meerane. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde ein mehrheitssozialdemokratischer Antrag angenommen, der den Rat ersucht, Schritte zur Kommunalisierung des Friedhofes und zur Uebernahme der Bestattungskosten auf die Stadt einzuleiten.

Aue. Die Arbeiterschaft in der erzgebirgischen Metallwarendindustrie hat nach langem Jögern dem Schiedspruch vom 20. September zugestimmt, wodurch ein Streik vermieden wurde, aber sofort die darin festgesetzten Lohnsätze für den 21. Oktober wieder gekündigt.

Schneeberg. Zu der Ermordung des Handarbeiters Kramer durch seinen 17-jährigen Sohn wird noch gemeldet, daß wahrscheinlich keine Notwehr in Frage kommt. Sein im selben Zimmer schlafender 11-jähriger Bruder will von dem ganzen Streite nichts gehört haben. Als die Polizei eintraf, suchte der Mörder, um den Anschein zu erwecken, als ob er über den Verbleib seines Vaters nicht unterrichtet wäre, in allen Räumen nach ihm und zum Erstaunen des Polizeiwachmeisters auch unter dem Sofa. Auf die Frage, warum er dies tue, antwortete er, er fürchte, daß ihm sein Vater etwas auswischen könne. Beim Anblick der Leiche äußerte er nur: „Da liegt er!“ und lag ohne Erregung über die Leiche hinweg. Die Mutter ist seit drei Monaten nach Plauen gezogen und trug sich mit dem Plane, sich scheiden zu lassen. Der jugendliche Kramer wurde noch am Abend in die Gefangenenanstalt eingeliefert.

Plauen i. B. Am Sonnabend abend gegen 8 Uhr ereignete sich auf der Straße zwischen Kloschwitz und Rodersdorf ein frecher Raubüberfall. Auf dem Wege dort wurden dem Bodensuhrmann aus Lanna, der, von Plauen kommend, nach Lanna zurückfuhr, von einem Manne unter Drohungen Sidererwaren im Werte von 40 000 bis 50 000 Mark weggenommen. Der Bestohlene gibt an, daß der Mann, den er als den Gastwirt Michaelis aus Rodersdorf bezeichnete, sich unterwegs zu ihm gesellte und später auf seinen Wagen gestiegen sei. Kurz hinter Kloschwitz habe der Täter ihn mit dem Messer bedroht und dann die Sidererwaren entwendet. Michaelis wurde am Sonntag von einem Beamten der

Gendarmen verhaftet und nach Plauen eingeliefert. Die entwendeten Waren, die in Lanna fertiggestellt werden sollten, konnten bisher noch nicht aufgefunden werden.

Sera. Nachdem nun die Ausführungsbestimmungen der Bundesratsverordnung vom 11. November 1918 über Erparnis von Brennstoffen usw. für das hiesige Gebiet von der Gebietsregierung mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden ist, dürfen hier von jetzt ab die Ladengeschäfte von Montag bis Freitag von morgens 7 Uhr bis abends 7 Uhr und Sonnabends bis 8 Uhr offen gehalten werden. Das Personal darf jedoch täglich nur 8 Stunden beschäftigt werden. Die Regelung der Arbeitszeit kann zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer selbst festgelegt werden. Auch die Schausenferler dürfen wieder beleuchtet werden, doch darf die Gesamtleuchtdauer des Schausenfers 100 Kerzenstärke nicht überschreiten. Lichtreklame ist jedoch nach wie vor verboten.

Sächsischer Landtag

(72. Sitzung — Dienstag den 4. Oktober.)

Nach 11 Uhr eröffnet Vizepräsident Dr. Wagner die Sitzung. Am Regierungstisch: Ministerpräsident Buch, Minister Lipinski, Fleischer, Jäckel, sowie mehrere Regierungsvertreter.

Als erster Punkt steht auf der Tagesordnung die erste Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über Neuwahlen in den Gemeinden. Nach dem Gesetz soll dem Ministerium des Innern das Recht gegeben werden, die in § 1 des Gesetzes über Neuwahlen in den Gemeinden vom 21. Juni 1921 in solchen Gemeinden, die mit anderen Gemeinden in Eingemeindungsverhandlungen stehen, bis zum 31. März 1922 hinauszuschieben.

Minister Lipinski begründet die Vorlage und geht auf die Eingemeindungsfrage in Leipzig ein. In den Gemeinden, die ihre Selbständigkeit am 1. Januar 1922 aufgeben wollen, würden die mit Opfern an Zeit und Geld verbundenen Wahlen zwecklos sein, weil die neugewählten Gemeindevorsteher ihr Amt nicht mehr antreten können.

Die Abg. Börner (Dnat.) und Köllig (D. V.) sprechen sich gegen diese Vorlage aus, da das Gesetz nur aus lokalpolitischen Gründen in Leipzig eingebracht sei und einen offenen Rechtsbruch bedeute. Mit der Vorlage sei eine Vergewaltigung der Einwohner von Leipzig geplant.

Abg. Liebmann (U. V.) widerspricht den Ausführungen seiner Vorredner. Von Vergewaltigung der Bevölkerung könne gar keine Rede sein, die Angelegenheit würde nur von den Bürgerlichen politisch ausgenutzt.

Abg. Claus (Dem.) bezeichnet das Gesetz als eine Wahlmache der Unabhängigen, die die Wahlen nur deshalb hinauszuschieben möchten, da sie nach der Einzelwahl einen Stimmenzuwachs erhoffen.

Nach einer Rückäußerung des Ministers Lipinski wird die Vorlage dem Rechtsausschuss überwiesen.

Als nächster Punkt folgt die erste Beratung über den Entwurf eines Gesetzes über die Eingemeindung selbständiger Ortsteile.

Minister Lipinski tritt in der Begründung dafür ein, daß die innerhalb des selbständigen Ortsbezirks vorhandenen bebauten Gebiete nebst einem geschlossenen Gebiet von angemessenem Umfang mit der Nachbarortsgemeinde zu vereinigen sind, deren bewohnter Ortsteil ihnen am nächsten liegt.

Abg. Hübschmann (D. V.) spricht sich besonders gegen die rückwirkende Kraft (bis 1. Oktober 1919) der Verordnung aus.

Abg. Schmidt-Freiberg (Dnat.) bezeichnet die Verordnung als Eingriff in die Selbständigkeit der Bewohner.

Nach längerer zum Teil sehr erregter Aussprache, die sich in Details verliert, wird der Entwurf dem Rechtsausschuss überwiesen.

Dann werden die Anfragen betreffend die Ernennung des Parteisekretärs Koppf zum Amtshauptmann von Leipzig und des Kopsien Lohe zum Justizamtman behandelt.

Abg. Köllig (D. V.) führt aus, daß die jetzige Regierung das Vertrauen der Bevölkerung zu der Beamtenschaft durch solche Maßnahmen untergrabe. Die Ernennung des Amtshauptmanns Koppf sei ein Angriff der Regierung gewesen. Aus seiner Vergangenheit könne man nicht auf große Begabung und besondere Kenntnisse auf verwaltungstechnischem Gebiete schließen. Die Ernennung sollte nur die unabhängige Mehrheit im Stadiparlament von Leipzig für alle Zukunft gesichert werden. Einer Politisierung der Beamtenschaft könne seine Partei nicht zustimmen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) stellt fest, daß die Amtshauptleute höhere Verwaltungsbeamte sind, die nicht auf eigene Faust Politik treiben dürfen. Wenn man einen verfassungstreuen Beamten für diesen Posten gesucht habe, dann hätte man viele sachmännisch vorgebildete Beamte finden können, die sich für den Posten eignen hätten. Gerade ein unabhängiger Amtshauptmann gäbe durchaus keine Gewähr für Verfassungstreue, da die unabhängige Partei die Verfassung nur als Lausache anerkannt habe, sie aber verstoßt und offen bekämpfe. Auch im Falle Lohe liegen die Dinge so.

Abg. Börner (Dnat.) bezeichnet die Ernennung Kopsiens zum Amtshauptmann von Leipzig als persönliche, parteipolitische Maßnahme des Ministers Lipinski. In der Sitzung des Gesamtministeriums, in der die Ernennung Kopsiens beschlossen worden ist, habe man den unabhängigen Minister Fleischer hinzugezogen, während man den Ministerpräsidenten Buch nicht benachrichtigt habe. (Unruhe links.) Der Redner geht dann noch auf die Pressestimmen und Äußerungen des Bundes Sächsischer Gemeindevorsteher ein. Seine weiteren Ausführungen werden von großem Lärm der Linken unterbrochen. Zum Schluß wendet sich der Redner gegen den Standpunkt der Regierungsparteien, die die Meinung vertreten, daß das Berufsbeamtentum überflüssig sei.

Nach einer halbständigen Mittagspause ergriff Minister Lipinski das Wort. Er führt aus, daß er von jeher den Bestrebungen der Beamten wohlwollend gegenübergestanden und den sozialen Bedürfnissen Verständnis entgegengebracht habe. Auf keinen Fall könne aber den Beamten das Recht eingeräumt werden, über die Besetzung der höheren Stellen zu bestimmen. Sein Vorgänger, der frühere Innenminister Kühn, habe den Beamten eine vorübergehende Verständigung zugestanden, doch könne von einem Mitbestimmungsrecht nicht die Rede sein. Der Beamte könne auch in gewerkschaftlicher Hinsicht nicht mit den Arbeitern auf gleiche Stufe gestellt werden, da sich der Beamte in einer geordneten Lebensstellung befindet, während der Arbeiter von der Konjunktur abhängig sei und im steten Kampfe um seine Lebenshaltung stände. Bei einem Teile der Beamten bestehe gar nicht der Wille, sich in die geänderten Verhältnisse zu schicken. Der Kampf gegen die Regierung würde durch Sabotage und Liegenlassen wichtiger Angelegenheiten durchgeführt. Der frühere Amtshauptmann v. Fink habe verschiedene Anweisungen des Ministeriums nicht befolgt. Obgleich diese Lausache den meisten Beamten der Amtshauptmannschaft bekannt war, hatte doch niemand den Mut gefunden, dagegen zu protestieren. Aus diesem Grunde konnte er, der Minister, keinen Beamten der Amtshauptmannschaft zum Amtshauptmann ernennen. (Unruhe rechts.) Er werde auch in Zukunft alle zur Erhaltung der Demokratie und Republik notwendigen Maßnahmen zu ergreifen wissen. (Seitlichkeit rechts.)

Dann beantwortet der neue Justizminister Dr. Jelgner die Interpellation betreffend die Ernennung des Kopsien Lohe zum Justizamtman. Er betont, daß ein Justizamtman keine juristische Vorbildung zu haben brauche und daß er keine rechtlichen, beamtenpolitischen und persönlichen Bedenken gegen die Ernennung habe. Er hätte sich auch die Prüfungsakten Lohe (der

bekanntlich mehrere Prüfungen nicht bestanden hatte) geben lassen und sei der Auffassung, daß Lohe auf Grund seiner Arbeiten die Prüfungen hätte bestehen müssen. (Lachen rechts.) Ein aus den Kreisen der unteren Beamten hervorgegangener Justizamtman könne die Angelegenheiten dieser Beamten viel besser bearbeiten und ihren Bedürfnissen viel mehr Verständnis entgegenbringen als ein hoher Beamter.

Abg. Böhke (Soz.) erhebt in einer langen Rede schwere Vorwürfe gegen die Rechte und die hohen Beamten und ruft damit mehrmals die Entrüstung der bürgerlichen Parteien hervor. Die Interpellation bezeichnet er als politische Mache.

Abg. Dr. Wagner (Dnat.) wendet sich gegen die schweren Beschuldigungen, die der Minister Lipinski im Landtag gegen den früheren Amtshauptmann v. Fink erhoben hatte, da die Verfehlungen noch nicht erwiesen seien und das Disziplinarverfahren noch schwebt. Im übrigen gäbe ein unabhängiger gar keine Gewähr für den Schutz der Verfassung, da selbst der unabhängige Minister Lipinski, wie er oft ausgeführt habe, die Diktatur des Proletariats erstrebe.

Abg. Heflein (Zentr.) weist auf den Widerspruch hin, der sich daraus ergibt, daß Minister Lipinski betont hat, daß der größte Teil der Beamtenschaft auf dem Boden der Verfassung stände, andererseits aber keinen Beamten, sondern einen Parteisekretär zum Amtshauptmann von Leipzig ernannt hat. Eine parlamentarische Regierung müsse demokratisch regieren, aber nicht nach einseitigen parteipolitischen Grundrissen.

Abg. Wäger (D. V.) kommt auf den Fall Lohe zurück und führt aus, daß die Erklärungen des Justizministers nicht genügen. Es müßte mitgeteilt werden, warum gerade Lohe, der die Prüfungen nicht bestanden hat, die Stellung erhalten hat, während andere Beamte, die auch aus den unteren Kreisen der Beamtenschaft gekommen sind, die Prüfungen aber bestanden haben, nicht befördert worden sind.

Nach längerer Ausführungen der Abg. Liebmann (U. V.) und Ewert (Kom.), die die Maßnahmen der Regierung beden, ergreift Justizminister Dr. Jelgner das Wort. Er verteidigt sich gegen den Vorwurf der Parteilichkeit und versucht, die Angriffe seiner Vorredner zurückzuweisen.

Abg. Dr. Eberle (Dnat.) wendet sich gegen die Vetterwirtschaft, die im neuen Staate bei der Besetzung von Ämtern zum System geworden sei.

Minister Lipinski verteidigt sich gegen die Behauptung, die jetzige Regierung habe es auf die Befestigung des Berufsbeamtentums abgesehen.

Abg. Dr. Seyfert (Dem.) wendet sich gegen eine Äußerung des Ministers Lipinski, der die Kritik der Abgeordneten, die von Beruf Beamte sind, an der Regierung gerügt hatte. Unter großem Beifall der bürgerlichen Parteien vermahnt er sich gegen eine derartige verfassungswidrige Kürzung der Abgeordnetenrechte.

Ministerpräsident Buch stellt fest, daß von den 17000 sächsischen Staatsbeamten der größte Teil auf dem Boden der Verfassung steht. Dann findet er warme Worte für seine Mitarbeiter, die höheren Beamten in den Ministerien und bezeichnet die Fälle, in denen sich diese Beamte gegen die Regierung aufgelehnt hätten, als Ausnahmen.

Dann wird ein elfgliedriger Untersuchungsausschuss, der sich mit der Ernennung des Justizamtmanns Lohe befassen soll, eingesetzt. Dem Ausschuss gehören an die Abg. Wölk, Müller, Chemnitz, Casan (Soz.), Menke, Wechel (U. V.), Schneller (Kom.), Börner, Wagner (Dnat.), Wäger, Schiffmann (D. V.) und Seyfert (Dem.).

Die Sitzung dauert fort. Abschluß abends 7 Uhr.

Die Koalition der Mitte.

Neuerliche Beratung der Regierungsumbildung im Reich.

Die Verhandlungen über die Reichskoalition der Mitte kommen infolge des sozialdemokratischen-unabhängigen Zwischenspiels nicht vom Fleck. Auch die neuen Besprechungen der Vertreter der bisherigen Koalition und der Deutschen Volkspartei beim Reichszentralrat haben in dieser Hinsicht keine Fortschritte gezeigt. Da die Sozialdemokraten ihre Entscheidung erst treffen wollen, wenn das Steuerprogramm endgültig feststeht, müßten die Verhandlungen über die Regierungsumbildung erneut auf eine Woche vertagt werden. In der Zwischenzeit soll der Reichszentralrat seine Verhandlungen mit den maßgebenden Wirtschaftskreisen der Industrie und der Landwirtschaft fortsetzen und eine präzisere Fassung des Reparationsangebotes von der Industrie zu erreichen suchen.

In den Beratungen wurde übrigens auch die Antwort der Unabhängigen auf die Anfrage der Sozialdemokratie erörtert. Wie verlautet, haben Zentrum und Demokraten zu mehreren Bedingungen der Unabhängigen Bedenken geäußert, ob sich eine Verständigung über ein gemeinsames Regierungsprogramm werde erzielen lassen. Von den Sozialdemokraten wurde darauf hingewiesen, daß die Forderungen der Unabhängigen im Grunde nur die Mindestbedingungen der Sozialisten seien, die auch auf dem östlichen Parteitag festgestellt worden sind. Eine grundsätzliche Ablehnung der Mitarbeit der Unabhängigen wurde weder von den Demokraten noch vom Zentrum ausgesprochen. Wie verlautet, werden die Mehrheitssozialisten an die beiden bürgerlichen Koalitionsparteien die offizielle Anfrage richten, ob sie bereit seien, mit den Unabhängigen zusammen eine Regierung zu bilden. Die Antwort des Zentrums und der Demokraten dürfte voraussichtlich in der Gegenfrage bestehen, ob die Unabhängigen sich an einer Regierungsbildung unter Einfluß der Deutschen Volkspartei beteiligen wollen.

Die Koalitionsverhandlungen in Preußen.

In Preußen fand ebenfalls eine Besprechung der Fraktionsführer von der Deutschen Volkspartei bis zur S. P. D. statt, um die Grundlage für eine etwaige Koalition zu prüfen. Hierbei wurde von sozialdemokratischer Seite großes Gewicht auf die Einbeziehung der Unabhängigen in die Regierung gelegt, mindestens aber auf die Aufstellung eines Programms, das ihre wohlwollende Neutralität sichere, wie sie sie bisher im Reich dem Kabinett Birck gegenüber getätigt hätten. Wie aus sozialistischen Kreisen verlautet, sollen die Vertreter des Zentrums und der Demokraten trotz mancher Vorbehalte erklärt haben, daß sie grundsätzlich keine Bedenken gegen die Hinzuziehung der U. S. P. zur Regierungsbildung hätten. Die Deutsche Volkspartei hat sich ihre Antwort vorbehalten.

Die Entscheidung über Oberschlesien.

Ende dieser Woche oder Mitte November?

Die Behandlung der oberschlesischen Frage scheint

nun endlich etwas beschleunigt zu werden. Es liegt zur Stunde eine Reihe von Meldungen aus Genf vor, wonach die Bekanntgabe des Bölkerbundgutachtens über Oberschlesien unmittelbar bevorsteht.

Nach einer Havabewertung behauptet es sich, daß der Bölkerbundrat in der Lage sein wird, seine Entscheidung in der oberschlesischen Frage nächsten Sonnabend, spätestens am Sonntag, bekanntzugeben. Der „Temps“ fügt dieser Meldung hinzu, der Bölkerbundrat werde an diesem Tage dem Obersten Rat der Alliierten die Lösung mitteilen, die er für die Lösung Oberschlesiens anempfehle.

Diese Meldung lautet viel bestimmter als alle früheren Terminvorhersagen, doch wird man gut daran tun, ihr nicht ohne weiteres Glauben zu schenken, umso mehr, als eine Londoner Meldung besagt, daß die Entscheidung des Bölkerbundes erst am 11. November fallen werde. Man wird eine offizielle Mitteilung abwarten müssen, bevor man Klarheit über die Sachlage gewinnen kann.

Die „Chicago Tribune“ will von zuständiger Stelle in Paris erfahren haben, daß Lloyd George vor der Konferenz von Washington eine Aussprache mit Brian zu haben wünscht. Vermutlich wird die Entscheidung über Oberschlesien eine neue Begegnung der beiden Minister veranlassen, die in Boulogne, Paris oder Sythe unter Beteiligung Italiens stattfinden dürfte.

Eine Prüfung an Ort und Stelle gefordert.

Die deutschen Gewerkschaften Oberschlesiens haben ihre nach Genf berufenen Vertreter telegraphisch erucht, den Bölkerbundrat um Entsendung von Vertretern des Bölkerbundes nach Oberschlesien zur Prüfung der Frage zu bitten. Bei der unabsehbaren Bedeutung der bevorstehenden Entscheidung sei die Prüfung aller Verhältnisse an Ort und Stelle unabwendbar notwendig. Die örtliche Prüfung könne auch durch die mündliche Vernehmung unserer Vertrauensmänner in Genf nicht ersetzt werden.

Erzeuger und Verbraucher.

Engere geschäftliche Verbindung.

In einer im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgehaltenen Besprechung wurde die Möglichkeit einer engeren geschäftlichen Verbindung zwischen Erzeuger- und Verbraucherorganisationen auf Grundlage der freien Wirtschaft besprochen. Dieser Weg ist bereits mit Erfolg von den großen landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen in Verbindung mit den Konsumgenossenschaften beschritten worden, trotzdem nicht zu verkennen ist, daß während des Abbaues der Zwangswirtschaft manche Hindernisse der vielseitigen Verkehr, durch unmittelbaren Geschäftsverkehr den Weg vom Erzeuger zum Verbraucher abzukürzen, entgegenstanden.

Im allgemeinen war man der Ansicht, daß die Vorbereitungen dazu gerade jetzt, wo die wirtschaftliche Lage Deutschlands größte Erparnis auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erfordert, günstiger als je sind. Dies treffe insbesondere für den Verkehr mit Kartoffeln und ferner auch für den Verkehr mit Milch, Mehl und Milchprodukten zu. Um praktische Erfolge zu erzielen, müsse die Frage der Verkürzung des Weges vom Erzeuger zum Verbraucher beim Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Hauptsache innerhalb der einzelnen Bezirke, Provinzen und Landestteile gelöst werden. Hierzu hätten sich die dort bestehenden Verbrauchervereinigungen aller Art mit den Erzeugerorganisationen in Verbindung zu setzen, um eine möglichst rasche Geschäftsabwicklung, insbesondere beim Verkehr mit leicht verderblichen Waren, zu ermöglichen. Ferner müßte innerhalb größerer Bezirke unter diesen Vereinigungen oder deren Spitzenorganisationen bei manchen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, so bei Kartoffeln und Vieh, ein Ausgleich geschaffen werden, da in den einzelnen Bezirken und Provinzen die dort benötigten Waren zum Teil nicht in genügender Menge vorhanden wären.

Um die unmittelbaren Geschäftsbeziehungen zwischen Erzeuger- und Verbrauchervereinigungen zu fördern, wollen die Vertreter der Spitzenorganisationen der landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften erneut in diesem Sinne auf ihre Unterorganisationen einwirken, damit allseitig der so wichtigen Frage volle Beachtung geschenkt und in der Praxis auch dementsprechend gehandelt werde.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 5. Oktober 1921.

Der Reichsminister des Innern, Dr. Gradow, hat sich dem sächsischen Ministerpräsidenten gegenüber bereit erklärt, gegebenenfalls die sächsische Gesandtschaft in Berlin anzunehmen, gleichzeitig aber gebeten, die Neubestellung nicht vor der endgültigen Regelung der Koalitionsverhandlungen im Reich vorzunehmen.

Zum Gehanden des Deutschen Reiches für Polen in La Paz wurde Freiherr v. Stengel ernannt.

Graf Lerchenfeld wird Ende der Woche nach Stuttgart reisen, um bei der württembergischen Regierung einen Antrittsbesuch zu machen.

Der Reichstagsausschuss für die Untersuchung des Unfalls auf der Grube Mont Genis hat sich nach Solingen begeben, um dort an Ort und Stelle die Ursachen des Unglücks zu prüfen.

Das Wiesbadener Abkommen. Die Reichsregierung hat in der letzten Kabinettsitzung nach einem Vortrag des Wiederbauministers Dr. Rathenau für die Ratifizierung des Abkommens sich ausgesprochen. Am Dienstag beschäftigte sich der Reichstagsausschuss für auswärtige Angelegenheiten in vertraulicher Sitzung unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Stresemann mit dem Wiesbadener Abkommen Rathenau-Doucheur. Nach einem ausführlichen Vortrag des Reichsministers Dr. Rathenau trat der Ausschuss in die Besprechung des Abkommens ein.

Beginn des Rücktransportes der Koblenzarmee? Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ sollen die Truppen der amerikanischen Besatzungsarmee am Rhein, die sich gegenwärtig in Stärke von einem

liegt
Genf
utach
das
Sonn
Zer
und
des
Zeh
alle
Dar
en, da
No
über
Stelle
vor
ach
wird
Bege
Bou
Will
haben
er
Ber
zur
aren
die
nab
auf
ens
rung
urde
bin
atio
chen
oben
in
itten
rend
misse
Be
rau
die
haft
allen
als
ehr
Ber
zu
rage
Ber
misse
irke
hät
gum
Ber
äfts
ver
in
gum
and
und
den
gen
vor
vol
för
onen
er
onen
rage
aud
u
de
in
ub
ond
Li
nach
und
Un
gen
des
gle
men
für
hen
hu
St
mit
Lach
Dr.
des
nee
llen
am
nem

Bataillon zu Ehren des „Unbekannten Soldaten“ mit General Pershing in Paris aufhalten, nicht wie ursprünglich beabsichtigt, nach Koblenz zurückgeführt werden, sondern auf Anweisung des Generals Pershing in Paris bleiben. Man vermutet, daß die Truppen nicht mehr in das besetzte Gebiet zurückkehren werden, sondern gleich von Paris aus nach Amerika abtransportiert werden sollen.

:: **Rückgang der Reparationszahlungen?** Nach der „Daily Mail“ herrscht in englischen Industriekreisen die Ansicht vor, daß wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Fallen der Mark und zu ersten Wechselkurschwankungen führen würde, wodurch dem Wiederaufleben des Handels erster Schaden zugefügt werden würde. Beschlüsse der Regierung in dieser Frage könnten nicht gefaßt werden, bevor nicht Lloyd George am Donnerstag mit dem Kabinett in London beraten habe. Laut „Daily Mail“ besteht jedoch die Möglichkeit, daß Änderungen von großer Bedeutung in der internationalen Politik der britischen Regierung das Ergebnis der Konferenzen in Gairoch sein könnten. — In unterrichteten Kreisen nimmt man auf Grund dieser Meldungen an, daß England eine Stundung der deutschen Reparationszahlungen ernstlich in Erwägung zieht.

:: **Nach 63 Deutsche in Avignon.** Nach fünfjähriger Gefangenschaft ist der deutsche Kriegsgefangene Goldammer aus Avignon zurückgekehrt. Goldammer hat sich besondere Verdienste dadurch erworben, daß er in Avignon einen Hilfsausschuß für die deutschen Kriegsgefangenen gebildet hat, dem es gelungen ist, die Lage der unglücklichen Deutschen wesentlich zu verbessern. Auch in dem früher berückichtigten Lager Guers sind die Zustände besser geworden. Insgesamt befinden sich noch 63 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft, ferner sieben Angehörige von früher verbündet gewesenen Völkern. Goldammer hofft, daß diese Unglücklichen begnadigt werden.

:: **Kapitän Ehrhardt gegen einen neuen Putsch.** Der aus der Zeit der Kapp-Insurrektion bekannte Korvettenkapitän Ehrhardt schreibt der „München-Augsburger Abendzeitung“ einen Brief, worin er entschieden in Abrede stellt, für seine Person an irgendeiner Putsch-Vorbereitung beteiligt zu sein. Er erklärt sogar, daß jeder neue Putsch zum Scheitern verurteilt ist und daß er daher jeden Putschversuch als Verbrechen an der Nation verurteilen müsse. Nie werde er etwas unternehmen, was unserem Volk zum Schaden gereichen kann. Der Brief schließt mit einem „Fingerzeig an die Regierenden“, zur Beruhigung der Volksstimmung dadurch beizutragen, daß sie die „Verbannten, die sich nach der Heimat und friedlicher Arbeit sehnen“, endlich amnestieren mögen.

:: **Untersuchungsausschuß für Oppau.** Auf Grund des Reichstagsbeschlusses wurde ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß für den Oppauer Unglücksfall gebildet. Vorsitzender des Ausschusses ist der Abgeordnete Schwarzer (Bayer. Volkspartei), stellvertretender Vorsitzender Breh (Soz.). Der Untersuchungsausschuß ist für Oktober telegraphisch nach Ludwigshafen einberufen. — Die bulgarische Regierung hat aus Anlaß der Explosionskatastrophe in Oppau dem deutschen Botschaften in Sofia ihr herzlichstes Beileid ausgedrückt lassen. — Die Deutschen in Montevideo haben dem württembergischen Landesverein zur Verrückung der Not in Oppau 162.000 Mark übersandt. — Die bei der Explosionskatastrophe zerstörten Ortsteile Oppaus sollen nach neuesten Städtedrangurkunden wieder aufgebaut werden, wobei beabsichtigt ist, den Ort etwa 1000 Meter von der Fabrik abzurücken.

:: **Beförderungen in der Reichswehr.** Durch Beförderung des Reichspräsidenten ist der Oberbefehlshaber der Gruppe 2 in Kassel, General v. Berendt, zum General der Artillerie befördert worden. Außerdem wurden befördert acht Generalmajore zu Generalleutnants, darunter der Kommandeur der 2. Division in Stettin, Generalmajor v. Hammerstein, der Chef des Personalamts Generalmajor v. Braun und der Inspekteur der Artillerie Generalmajor Weidorn; elf Obersten zu Generalmajoren, darunter der bekannte bayerische Oberst Epp in München und der Oberst Freiherr Krefz v. Krefenstein beim Stabe des Chefs der Heeresleitung, zwanzig Oberleutnants zu Obersten sowie eine größere Anzahl jüngerer Dienstgrade bis hinauf zum Hauptmann. Die Hauptmannbeförderungen sind die ersten seit Kriegsende.

:: **Reichseisenbahnen oder Privatseisenbahnen.** Der frühere preussische Eisenbahnminister v. Breitenbach wirft im „Tag“ die Frage auf, ob angesichts der Milliardenbesitztümer der Reichseisenbahnen in der Gegenwart eine staatliche Verwaltung überhaupt in der Lage ist, die Wiederherstellung geordneter Eisenbahnfinanzen herbeizuführen, oder nicht vielmehr die Freiheit der Bewegung, welche private Unternehmungsgelüste innewohnt, und die größere Anpassungsfähigkeit der freien Erwerbskreise eine zweckmäßigere Lösung schneller herbeizuführen kann. Der langjährige Leiter des preussischen Eisenbahnwesens kommt zu dem Ergebnis, daß eine Verwaltung der deutschen Eisenbahnen unter gleichen grundsätzlichen Gesichtspunkten wie in der Zeit vor dem Umsturz angängig der Kollage des Reiches und der Riesendefizite ausgeschlossen erscheint. Es erscheine unerlässlich, mit äußerster Dringlichkeit in eine Prüfung darüber einzutreten: 1. ob die Reichseisenbahnen in die Privatwirtschaft mit dem Ziele der Abbildung der Fehlbeträge und Erzielung von Erträgen zu überführen sind, und solchen Falles 2. in welcher Form — Verkauf mit Rückkaufsrecht, gemeinwirtschaftlicher Betrieb oder Verpachtung — dieses zu erfolgen hätte. Die Einheitlichkeit der Verwaltung und die Gemeinnützigkeit des Unternehmens würde bei der großen Transaktion zu wahren sein. Andererseits müßte eine Fesselung, die zu ungenügenden Erträgen führe, ausgeschlossen werden. Minister a. D. v. Breitenbach glaubt annehmen zu können, daß die zuständigen Stellen der entscheidungsschweren Frage einer Aenderung der Be-

triebsreform der Reichseisenbahnen aus einer staatlichen in eine gemeinwirtschaftliche bereits ihre Aufmerksamkeit zugehend haben.

:: **Schuldpolizei und Bevölkerung.** Der preussische Minister des Innern hat soeben einen Erlaß herausgegeben, in dem er sich mit den aus den Kreisen der Bevölkerung hervorgegangenen Angriffen auf die Schuldpolizei beschäftigt. Der Minister weist darauf hin, daß die Anschuldigungen gegen die Schuldpolizei in einzelnen Fällen berechtigt waren, vielfach aber ungerechtfertigt, übertrieben und tendenziös waren, und ersucht deshalb die Ober- und Regierungspräsidenten, bei Bekanntwerden von Angriffen oder Beschuldigungen sofort eine Aufklärung des Tatbestandes anzuordnen und gegen erwiesene Ausschreitungen mit allen Mitteln vorzugehen, da es im Interesse der Beamenschaft selbst liege, von Persönlichkeiten befreit zu werden, die sich ihrer unwürdig gezeigt hätten. Andererseits fordert der Erlaß mit Rücksicht auf das Vertrauen in der Öffentlichkeit eine baldige Berichtigung unwahrer oder auf unzutreffenden Voraussetzungen beruhender Angaben.

Die Kreditverhandlungen mit der Industrie.
— Berlin, 4. Oktober. Wie der „Berl. Lokal-Anzeiger“ erfährt, werden die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und der Industrie über das Kreditangebot sofort wieder aufgenommen. Heute fand bereits die erste Besprechung statt. In Kreisen der Industrie glaubt man, daß die Besprechungen sehr rasch vorwärts gehen werden, nachdem das Industrieangebot in München angenommen worden ist.

Wiesbadener Zusammenkunft am 6. Oktober.
— Paris, 4. Oktober. Wie das „Journal“ berichtet, ist die Zusammenkunft Doucours und Rathenaut in Wiesbaden endgültig auf den 6. Oktober festgesetzt. In französischen Kreisen erwartet man, daß die beiden Staatsmänner zu einem vollen Einvernehmen gelangen werden. Zwei deutsche Sachverständige sind bereits nach Paris gekommen, um die noch zu erledigenden Fragen zu beraten.

Aufhebung der militärischen Sanktionen.
— Berlin, 4. Oktober. Wie ein Abendblatt aus hiesigen neutralen diplomatischen Kreisen erfährt, sollen die militärischen Sanktionen Ende Oktober oder Anfang November aufgehoben werden, und zwar auf Betreiben der englischen Regierung. Es heißt, daß die französische Regierung nur die Antwort der deutschen Regierung auf die letzte Polzeinote des Generals Koller abwarten will.

Volksabstimmung in Vermont.
— Vermont, 4. Oktober. Ueber die Frage, ob der Kreis Vermont sich Preußen anschließen soll, findet am 9. Oktober in Vermont und den Dörfern eine Volksabstimmung statt. Die Stimmung ist für den Anschluß.

Rundschau im Auslande.

Die Völkerverversammlung hat einstimmig beschlossen, die Völkerverversammlung zu erlöchen, die Grenze Albanien so rasch wie möglich festzusetzen und eine Untersuchungskommission durch den Rat ernennen zu lassen und sofort nach Albanien zu entsenden.

Am 25. Oktober wird in Genf die dritte Internationale Arbeiterkonferenz eröffnet werden. Sie wird ungefähr 600 Delegierte aus allen Völkerverbandsstaaten und auch aus Deutschland und den Vereinigten Staaten vereinigen.

Die Sowjetregierung hat den General Brusilow, einen der bekanntesten russischen Heerführer im Weltkriege, auf seinen Wunsch hin verabschiedet und zum Generalinspektor der staatlichen Betriebe ernannt.

Die spanische Eisenbahner drohen mit dem Streik, da die Einführung des Achtstundentages abgelehnt worden ist. Auf einer Strecke ist die Arbeit bereits eingestellt.

Die amerikanische Regierung will von einer Erörterung der interalliierten Kriegsschulden auf der Washingtoner Abrüstungskonferenz nichts wissen.

Die japanische Regierung hat das ihr von der amerikanischen Regierung vorgeschlagene Programm für die Konferenz in Washington angenommen.

Bei einem Angriff auf Malala (Süd-Darfur) im Sudan sind 600 Eingeborene und 61 Engländer gefallen.

Ungarn: Die „Mänung“ Westungarns.
In Oedenburg wurde die „Mänung Westungarns an Oesterreich vollzogen“, d. h., es wurde vom ungarischen Bevollmächtigten und dem Vorsitzenden der General-Kommission ein Protokoll unterfertigt, worin festgestellt wird, daß Ungarn das gesamte in den Friedensverträgen von Trianon und St. Germain Oesterreich zugesprochene westungarische Gebiet Oesterreich „abgeben“ habe. Der österreichische Bevollmächtigte verweigerte die Unterfertigung des Protokolls mit dem Hinweis darauf, daß Oesterreich die Mänung Westungarns erst dann als tatsächlich vollzogen anerkennen könne, wenn ihm die Möglichkeit geboten sei, sich in den Besitz des ihm zugesprochenen Gebietes zu setzen. Die ungarischen Behörden und Volksorgane sind „unter dem Kommando der Entente-Kommission“ im Burgenland verblieben. Von einer Mänung Westungarns kann also tatsächlich keine Rede sein. — Das Zustandekommen der Burgenlandfrage in Rom ist noch fraglich, da die englische Regierung ihre Zustimmung zu dem italienischen Abkommen noch nicht gegeben hat.

England: Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit.
Die englische Regierung beabsichtigt außer dem Kredit für öffentliche Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in England dem Parlament Pläne zur Unterstützung der britischen Industrie nach fast allen Weltmärkten vorzulegen. Es handelt sich um ein großzügiges Kreditunternehmen, zu dem die Banken bereits ihre Mitwirkung zugesagt haben. Die Banken werden als Agenten der Regierung auftreten, so daß sie gegen jeden Verlust gesichert sind.

Rußland: Die Hilfsaktion.
Der Bevollmächtigte des deutschen Roten Kreuzes, Hilfer, teilte mit, daß, nachdem der erste Dampfer des deutschen Roten Kreuzes mit Medikamenten in Petersburg angekommen ist, die deutsche Hilfsaktion tatkräftig in Angriff genommen werden könne. Die technische Einrichtung sei so vorbereitet, daß die Hilfsaktionen binnen 24 Stunden in Tätigkeit gesetzt werden können. Die erste Station werde voraussichtlich in Moskau eingerichtet werden. Nach anderen Meldungen hat die amerikanische Hilfsaktion in Petersburg neun Zweigstellen eröffnet, die täglich 60.000 Kinder speisen können. Die Sowjetbehörden haben die amerikanische Bezeichnung abgelehnt, auch Sbei-

len für die Erwachsenen zu liefern, was jedoch abgelehnt wurde. Die Sowjetregierung hat eine Verordnung erlassen, wodurch Pässe für Auslandsreisen wieder eingeführt werden. Ein Paß mit Reiseerlaubnis von Rußland in das Ausland kostet 800.000 Rubel.

Von den 22 zu der Brüsseler Konferenz zur Bekämpfung der Hungersnot eingeladenen Staaten haben abgesehen von den im Obersten Rat vertretenen Mächten, bisher nur Rumänien und die Tschecho-Slowakei die Einladung formell angenommen. Die Kreditgewährung an Rußland ist von der Haltung der Sowjetregierung in der Frage der Anerkennung der russischen Schuld abhängig gemacht worden.

Amerika: Die Vorbereitungen für Washington.

Die Vorbereitungen für die Washingtoner Abrüstungskonferenz sind in vollem Gange. Es sind eine Reihe von Statistiken aufgestellt worden, wonach die Stärke der Flotte der 14 bedeutendsten Nationen rund 6 Millionen Mann beträgt. Diese Zahl wird voraussichtlich den Verhandlungen der Washingtoner Konferenz zu Grunde gelegt werden. An erster Stelle steht China, das am 1. September 1.370.000 Mann unter den Waffen hatte. Frankreich aber nimmt unter den Staaten, die nicht mit inneren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, bei weitem den ersten Platz mit seinen 1.034.000 Mann ein. Dann kommt England mit 740.500 und an letzter Stelle Deutschland mit 100.000 Mann. Die Vereinigten Staaten stehen mit 140.000 Mann an 13. Stelle — unmittelbar vor Deutschland. Japan hat 300.000 Mann, Italien 350.000. Von den übrigen Staaten werden Rußland mit 588.000, Polen mit 450.000, Griechenland mit 255.000, Spanien mit 253.000, die Schweiz mit 170.000, die Türkei mit 150.000 und die Tschecho-Slowakei mit 150.000 Mann angeführt.

Aus Stadt und Land.

Die neuen Oppauer Totenlisten zeigen eine Steigerung der Zahl der erkannten Toten auf 373 an. Unerkannte Tote werden jetzt 75 gezählt. Die Zahl der Vermissten betrug nach der letzten Veröffentlichung 177.

Immer noch polnischer Terror. Sämtliche Lehrer aus Kamin in Oberschlesien mußten vor dem dort immer noch herrschenden polnischen Terror flüchten und können bis auf weiteres nicht zurückkehren. Sie werden inzwischen an anderen Schulen beschäftigt.

862.000 Mark unterschlagen. Der 25 Jahre alte Unterwachtmeister Blachetta von der Doppelner Wpo begab sich mit einem Scheck der Wpo, der auf 862.000 Mark lautete, zur Reichsbank in Oppeln, hob das Geld ab und ergriff die Flucht.

Großfeuer in Wilhelmshaven. Ein Großfeuer entstand nach Feierabend auf der Reichswerft in Wilhelmshaven infolge Explosion eines Sauerstoffbehälters. Die Holzvorstände und die Tischlerei sind verbrannt. Der Schaden ist erheblich. Menschenopfer sind nicht zu beklagen.

Der Neuenahrer Mord aufklärt. Nach einer in Bochum eingetroffenen Meldung ist es gelungen, die beiden Mörder des Direktors Emil Sohn von der Ammonial-Berkauf-Vereinigung in Bochum, der am 19. September in Neuenahr ermordet wurde, zu verhaften. Die beiden Mörder hielten sich in der Nähe von Neuenahr auf und haben bereits ein umfassendes Geständnis abgelegt.

Scheitern eines Getreidedampfers. Im östlichen Teil der finnischen Bucht ist der große amerikanische Dampfer „Wasco“, mit einer Wehladung nach Petersburg unterwegs auf Grund gestochen. Der Dampfer ist so schwer beschädigt, daß er wrack werden wird. Die Besatzung mußte das Schiff verlassen. Ihr Schicksal ist unbekannt.

Beisetzung des Königs von Württemberg. Die Beisetzung des Königs Wilhelm von Württemberg findet am Freitag vormittag 11 Uhr auf dem alten Friedhof in Ludwigsburg an der Seite seiner ersten Gemahlin statt. Vorher wird im Schloß zu Bebenhausen eine Trauerfeier abgehalten und in der Nacht die Leiche nach Ludwigsburg übergeführt. Von sämtlichen deutschen Bundesfürsten sind Beileidstelegramme eingegangen.

Typhusepidemie im Rheinland. In Odenkirchen im Rheinland ist die Zahl der vom Typhus befallenen Personen auf 54 gestiegen. Bisher sind neun Personen der gefährlichen Seuche erlegen.

Die Tanne bringt es an den Tag. Wie aus Bochum gemeldet wird, wurde vor etwa zwei Jahren in der Kolonie Hochfelde bei Vintfort der Bergmann Rehböfer erhängt aufgefunden. Man nahm anfangs Selbstmord an. Wie sich erst jetzt herausgestellt hat, ist Rehböfer von seiner eigenen Ehefrau und deren Liebhaber erwürgt und dann, um Selbstmord vorzutäuschen, am Fensterkreuz aufgehängt worden. Das Mörderpaar wurde festgenommen und hat ein Geständnis abgelegt.

Mannmord oder Gattenmord? In Boget bei Schönburg wurde die Ehefrau des Hauswirts Garmis in ihrem Schlafzimmer mit drei Stichwunden in der Brust tot aufgefunden. Sämtliche Schränke und Kommoden im Wohnzimmer waren durchwühlt. Am gleichen Tage wurden drei junge Burchen im Dorfe gesehen und sind des Mordes verdächtig. Es gelang, diese drei zu verhaften. Nach Feststellung des Tatbestandes durch die Staatsanwaltschaft wurde auch der Ehegatte der Ermordeten verhaftet.

Der größte Lump in Stadt und Land... Auf Grund einer Denunziation erschien in Jherlosia (Westfalen) ein englischer Major, der von der alliierten Kommission in Berlin beauftragt war, nach einem geheimen Waffenlager zu suchen. Die Waffen wurden allerdings gefunden, doch handelte es sich um harmlose alte Schießpatronen, die dem Kriegerverein für den Salut bei Kriegerehrdungen freigegeben waren.

Wirbelfieber in Newyork. Ein Wirbelfieber, suchte, wie die „Chicago Tribune“ meldet, die Stadt Newyork heim. Ganz besonders wurde der Stadtteil Manhattan von dem Unwetter getroffen.

Frankreich und Oppau. Der französische Gesandte in München hat dem bayerischen Ministerpräsidenten einen Besuch gemacht, um ihn zu dem Anblick von Oppau sein Beileid auszudrücken und für die Verunglückten und Hinterbliebenen eine Spende zu übergeben, die der allgemeinen Sammlung zugeführt worden ist.

Der unbekannte Soldat. In Paris hat der

